



Meinung ungeschminkt

„Neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland“ (Abschiedsrede von Maaßen)



Maaßen hatte im September 2018 im Zusammenhang mit den Vorfällen in Chemnitz die in den Medien verbreiteten „Hetzjagden“ auf Ausländer öffentlich in Frage gestellt. Durch seine Aussagen hatte der Verfassungsschutzchef für einen politischen Eklat gesorgt und wurde infolgedessen seines Amtes enthoben. In seiner Abschiedsrede am 18. Oktober vor europäischen Geheimdienstchefs übte er deutliche Kritik an Medien und Politikern und legte seine Sicht der Zusammenhänge dar. Hören Sie selbst und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil!

Meinung ungeschminkt, heute mit Hans-Georg Maaßen. Als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz war er für den deutschen Inlandsgeheimdienst zuständig.

Maaßen hatte im September 2018 im Zusammenhang mit den Vorfällen in Chemnitz die in den Medien verbreiteten „Hetzjagden“ auf Ausländer öffentlich in Frage gestellt. Der ehemalige Chef des deutschen Inlandsgeheimdienstes war mit dieser Aussage nicht allein. Der Generalstaatsanwalt von Chemnitz, der Ministerpräsident von Sachsen sowie viele andere respektable Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten Maaßens Zweifel geteilt. Der Verfassungsschutzchef hatte durch seine Aussagen für einen politischen Eklat und Streit innerhalb der großen Koalition gesorgt. Infolgedessen wurde er seines Amtes enthoben und sollte zuletzt als Sonderberater ins Innenministerium versetzt werden. Nun hielt Herr Maaßen am 18. Oktober in Warschau eine Abschiedsrede vor seinen europäischen Geheimdienstchef-Kollegen. Dabei übte er deutliche Kritik sowohl an der SPD als auch den Medien. Nachdem der Inhalt seiner Rede bekannt wurde, hat Bundesinnenminister Horst Seehofer Herrn Maaßen am 5. November in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Laut Seehofer sei aufgrund „inakzeptabler Formulierungen“ in dem Manuskript eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Hören Sie nun selbst den leicht gekürzten Inhalt der Abschiedsrede von Hans-Georg Maaßen und bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil.

REDE IM WORTLAUT:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich heute aus diesem Kreis nach über sechsjähriger Zugehörigkeit von Ihnen verabschieden. Manche Abschiede sind geplant, z.B. wenn der Arbeitsvertrag befristet oder wenn eine bestimmte Altersgrenze erreicht ist, [...] andere Abschiede sind nicht geplant und etwas überraschend – wie bei mir. Die Vorsitzenden der drei Parteien, die die Bundesregierung in Deutschland bilden, Frau Merkel, CDU, Herr Seehofer, CSU, und Frau Nahles, SPD, hatten am 23. September beschlossen, dass ich als Präsident des Bundesverfassungsschutzes abgelöst werden soll. Damit ist eine Regierungskrise in Deutschland beendet worden. Die SPD hatte mit einem Bruch der

Koalition gedroht, wenn ich weiter im Amt bleiben würde. Hintergrund der Regierungskrise war die Tatsache, dass ich am 7. September gegenüber der größten deutschen Tageszeitung „Bild-Zeitung“ die Richtigkeit der von Medien und Politikern verbreiteten Berichte über rechtsextremistische „Hetzjagden“ bzw. Pogrome in Chemnitz in Zweifel gezogen hatte. Am 26. August 2018 war ein Deutscher von Asylbewerbern in Chemnitz getötet worden. Am gleichen Tage gab es Demonstrationen in Chemnitz gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von normalen Bürgern, aber auch von Rechtsextremisten. Dabei kam es vereinzelt zu Straftaten. Am folgenden Tag und an den darauffolgenden Tagen stand nicht das Tötungsdelikt im politischen und medialen Interesse, sondern rechtsextremistische „Hetzjagden gegen Ausländer“. Diese „Hetzjagden“ hatten nach Erkenntnissen der lokalen Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Lokalpresse, des Ministerpräsidenten des Landes und meiner Mitarbeiter nicht stattgefunden. Sie waren frei erfunden. Ich habe bereits viel an deutscher Medienmanipulation und russischer Desinformation erlebt. Dass aber Politiker und Medien „Hetzjagden“ frei erfinden oder zumindest ungeprüft diese Falschinformation verbreiten, war für mich eine neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland. Ich hatte mich in der darauffolgenden Woche gegenüber der „Bild-Zeitung“ in nur vier Sätzen dazu geäußert, indem ich klarstellte, dass es nach Erkenntnissen aller zuständigen Sicherheitsbehörden keine derartigen rechtsextremistischen „Hetzjagden“ gab. Gegenüber den zuständigen Parlamentsausschüssen stellte ich in der folgenden Woche klar, dass ein Kampf gegen Rechtsextremismus es nicht rechtfertigt, rechtsextremistische Straftaten zu erfinden. Die Medien sowie grüne und linke Politiker, die sich durch mich bei ihrer Falschberichterstattung ertappt fühlten, forderten daraufhin meine Entlassung. Aus meiner Sicht war dies für linksradikale Kräfte in der SPD, die von vorneherein dagegen waren, eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, der willkommene Anlass, um einen Bruch dieser Regierungskoalition zu provozieren.

Da ich in Deutschland als Kritiker einer idealistischen, naiven und linken Ausländer- und Sicherheitspolitik bekannt bin, war dies für meine politischen Gegner und für einige Medien auch ein Anlass, um mich aus meinem Amt zu drängen. Aufgrund des schon erwähnten Beschlusses der drei Parteivorsitzenden werde ich mein Amt aufgeben, sobald ein Nachfolger bestimmt ist. [...] Bundesinnenminister Seehofer, der mich und meine Position in dieser politischen Auseinandersetzung sehr unterstützte und dafür selbst viel Kritik von den Medien erfuhr, möchte mich als seinen Berater bei sich behalten [...]. Ich hätte nie gedacht, dass die Angst vor mir und vor der Wahrheit Teile der Politik und Medien in solche Panik und Hysterie versetzt, dass vier Sätze von mir ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt mir schwer, mich nach sechs Jahren von Ihnen zu verabschieden. Ich habe diesem Kreis sehr gerne angehört und habe in allen Sitzungen und bei allen Gesprächen ein hohes Maß an Kollegialität und an Solidarität festgestellt. Ich habe festgestellt, dass wir die gleichen Ziele haben, die gleichen Werte teilen und gegen die gleichen Gegner von Freiheit und Demokratie kämpfen. Ich bin der Auffassung, dass wir in den letzten sechs Jahren viel erreicht haben. Viel auch für die Sicherheit meines Landes. Ich habe in den letzten Jahren viel Unterstützung von Ihnen erfahren bei der Lösung unserer nationalen Sicherheitsprobleme und ich habe mich immer bemüht, Sie auch bei Ihrer Arbeit zu unterstützen, damit Ihre Länder und Europa sicherer werden. Ich möchte Ihnen für all das danken. [...]

Zuletzt möchte ich die Bitte äußern, dass Sie mit meinem Nachfolger die Zusammenarbeit in gleich intensiver Weise partnerschaftlich fortsetzen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

von rh

Quellen:

<https://www.gmx.net/magazine/politik/hans-georg-maassens-abschiedsrede-wortlaut-33276942>
<https://www.gmx.net/magazine/politik/seehofer-bringt-maassen-posten-sicherheitsbeauftragter-33178238>
<https://www.youtube.com/watch?v=UdUPFihP5uc>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Chemnitz - www.kla.tv/Chemnitz

#MeinungUngeschminkt - ungeschminkt - www.kla.tv/MeinungUngeschminkt

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.